

Globale Rüstungsmesse in Hannover?



Katherina Reiche macht keinen Hehl aus ihrer Überzeugung: »Wir können 1 bis 1,5 Prozent Wachstum im Land erreichen, wenn wir Rüstungs- und Verteidigungsindustrie in Deutschland nach oben skalieren«, sagte die Bundeswirtschaftsministerin unlängst in München. Wissenschaftliche Studien, die zeigen, wie gering die volkswirtschaftliche Wirkung steigender Rüstungsausgaben tatsächlich ist, wischt sie beiseite.

Die Bundesregierung setzt auf Rheinmetall und Co – nicht nur für die Aufrüstung im eigenen Land, sondern auch für Geschäfte mit dem Rest der Welt. Denn neben der Förderung der Rüstungsproduktion – unter anderem durch den Einstieg ziviler

Unternehmen – verfolgt Schwarz-Rot auch eine »strategisch ausgerichtete Rüstungsexportpolitik«. Der Export von Waffen soll sich stärker an sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen orientieren. Mit anderen Worten: Es geht ums Geschäft! Da ist es nur folgerichtig, dass die Zahl der Rüstungsmessen in Deutschland steigt. Länder, Städte und Wirtschaftsverbände buhlen mittlerweile geradezu um die Ausstellungen und Konferenzen der Branche. Vordergründig stets mit der Botschaft, es gehe um die deutsche und europäische Landesverteidigung. Doch wer sich Besucherinnen, Besucher und Aussteller der großen Rüstungsmessen genauer ansieht, muss erkennen: Es sind Verkaufsshows für den weltweiten Waffenhandel.

Proteste gegen die Rüstungsmesse DSEI UK 2025 in London
Foto: picture alliance

Rüstungsmesse DSEI: Viel Grund zur Kritik

Eine der größten internationalen Rüstungsmessen ist die DSEI (Defence & Security Equipment International), die alle zwei Jahre in London stattfindet. Im vergangenen Jahr präsentierten dort mehr als 1.700 Aussteller ihre Waffen und Rüstungsgüter. Über 45.000 Besucherinnen und Besucher kamen aus aller Welt – unter anderem Delegationen aus Staaten wie Ägypten, Algerien, dem Irak, Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Sie trafen auf Firmen, deren Waffen immer wieder in Krisenregionen oder von Diktaturen eingesetzt werden. Und auf Konzerne, die an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt sind. Selbst Zünder für völkerrechtlich geächtete Streumunition wurden auf der DSEI UK 2025 beworben.

Reichlich Gründe für scharfe Kritik – die Messe in London wurde erneut von großen und lautstarken Protesten begleitet. Selbst der Bürgermeister von London Sir Sadiq Khan lehnt die DSEI UK ab. Er sei entsetzt darüber, »dass die Hauptstadt als Marktplatz für Waffenhändler genutzt wird!«

Wird Hannover zum globalen Rüstungsmarktplatz?

Anders die Deutsche Messe AG und ihre Gesellschafter, das Land Niedersachsen und die Landeshauptstadt Hannover: Sie feiern es als Erfolg und »wichtiges Signal« für den Industrie- und Messestandort, dass die Rüstungsmesse DSEI vom 9. bis 12. März 2027 erstmals auch in Hannover stattfinden soll. Das größte deutsche Messegelände würde damit zum globalen Rüstungsmarktplatz. Und zur Bühne für eine Waffenschau, bei der – wie die Erfahrungen aus London befürchten lassen – auch gegen völker- und menschenrechtliche Mindeststandards verstoßen wird.

Ohne Rüstung Leben ist überzeugt: In Deutschland darf es keine Messen geben, die eine Plattform für geächtete Waffen, korrupte Konzerne und Rüstungsexporte in Krisenregionen bieten. Völkerrecht, Menschenrechte und soziale Verantwortung müssen an erster Stelle stehen – insbesondere in einer Stadt, die sich als »Lead City« der Mayors for Peace für eine atomwaffenfreie Welt einsetzt.

Charlotte Kehne

Rüstungsmesse DSEI verhindern!

Forderung an den Aufsichtsrat der Deutschen Messe AG



Eine der größten Rüstungsmessen der Welt soll nach Deutschland kommen. Vom 9. bis 12. März 2027 ist in Hannover die DSEI Germany geplant. Die Erfahrungen aus London zeigen, dass diese Rüstungsmesse eine Bühne für geächtete Waffen, korrupte Konzerne und Geschäfte mit Diktaturen bietet.

Fordern Sie jetzt mit uns, die DSEI Germany 2027 abzusagen! Bestellen Sie unsere kostenlosen Faltblätter – mit dem heraustrennbaren Aktionsbrief an den Aufsichtsrat der Deutschen Messe AG – bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Diese Aktion und viele weitere Informationen auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Rüstungskoooperation mit Indien auf dem Prüfstand

Rüstungsexportbericht 2025 der GKKE

Seine erste Reise nach Südasien führte Bundeskanzler Friedrich Merz Anfang dieses Jahres nach Indien. Zurück brachte er 27 Absichtserklärungen und Ankündigungen zur engeren Zusammenarbeit – von der Anwerbung von Fachkräften bis hin zum Ausbau der Rüstungskoooperation. Wie eine solche Rüstungszusammenarbeit mit Indien zu bewerten ist, analysiert der diesjährige Rüstungsexportbericht der GKKE.

Die Bundespolitik verfolgt seit einigen Jahren eine neue Form der Rüstungsdiplomatie, um Indien stärker an den Westen zu binden. Ziel ist es, die Abhängigkeit des Landes von russischen Waffenlieferungen zu verringern und Delhi als Gegengewicht zu China im Indo-Pazifik zu stärken. Die GKKE kommt zu dem Schluss, dass diese Strategie vor dem Hintergrund der umfangreichen inneren und äußeren Konflikte Indiens kritisch zu sehen ist. Die Hoffnung, das Land durch erleichterte Exporte von Russland zu lösen, erscheine bei genauerer Betrachtung unrealistisch. Die Rüstungskoooperation riskiere vielmehr eine Aushöhlung internationaler Normen.

Lieferungen nach Indien nicht vereinfachen

Die GKKE schätzt Indien als problematisches Empfängerland für Rüstungsexporte ein. Es liege beispielsweise im ständigen Kon-

flikt mit zwei Atommächten (China und Pakistan) und gehe gewaltsam gegen interne Opposition vor. Die militärische Abhängigkeit Indiens von Russland ist groß (beispielsweise stammen 95 Prozent der 3.750 indischen Kampfpanzer aus russischer Produktion). Gleichzeitig verfolgt Delhi unter dem Motto »Make in India« eine konsequente strategische Autonomiepolitik. Großprojekte ohne Beteiligung indischer Unternehmen haben geringe Erfolgsaussichten, wie der geplante Acht-Milliarden-Deal der deutschen TKMS AG zeigt: Die Produktion der U-Boote soll in Indien erfolgen. Die GKKE schlussfolgert, dass die deutschen Initiativen »vorrangig industriepolitischen Interessen dienen, ... statt eine geopolitische Umlenkung Indiens zu bewirken.« Sie spricht sich daher gegen eine Vereinfachung von Rüstungsexporten nach Indien aus.

Keine Rüstungsexporte aus wirtschaftlichen Interessen

Das Werben um Rüstungsdeals mit Delhi ist Teil einer neuen Zielstellung der schwarz-roten Regierung: Sie verfolgt eine »strategisch ausgerichtete Rüstungsexportpolitik«, die sich stärker an außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen orientiert. Die GKKE bewertet dies als deutlichen Rückschritt und fordert die Bundesregierung auf, Entscheidungen über Rüs-



tungsexporte nicht an wirtschaftspolitischen Interessen auszurichten. Bei Entscheidungen über Rüstungsexporte müssten an erster Stelle die Aspekte Menschenrechte, Demokratie und Frieden stehen.

Indiens Premierminister Narendra Modi und Bundeskanzler Friedrich Merz im Januar 2026

Foto: picture alliance

Charlotte Kehne

Charlotte Kehne ist Referentin für Rüstungsexportkontrolle bei Ohne Rüstung Leben und Mitglied der Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE.

Rüstungsexportbericht der GKKE

Die Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) legt seit 1997 jährlich einen Rüstungsexportbericht vor. Den aktuellen Bericht finden Sie online unter www.gkke.org/download-publikationen-zum-herunterladen. Kostenlose Exemplare (Broschur, 80 S.) können Sie bei uns bestellen.



Kriegstüchtige Städte und Krankenhäuser?

»Operationsplan Deutschland« diktiert zivil-militärische Zusammenarbeit



Im November 2025 übte die Bundeswehr einen Kampfeinsatz im Berliner U-Bahn-System
Foto: picture alliance

Das Militär stellt konkrete Forderungen an Politik, Unternehmen und Gesundheitswesen. Dabei beruft es sich auf ein geheimes Dokument, den »Operationsplan Deutschland« (OPLAN); erarbeitet vom Operativen Führungskommando der Bundeswehr. Sein Inhalt: Konzepte, Abläufe und Zuständigkeiten für die zivil-militärische Zusammenarbeit im Kriegsfall.

So fordert der OPLAN unter anderem, die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur für schnelle,

ungehinderte Material- und Truppenverlegungen Richtung Osten vorzubereiten. Privatunternehmen sollen Transportkapazitäten, Treibstoff und Lebensmittel bevorzugt für das Militär vorhalten. Vom zivilen Gesundheitssystem wird erwartet, bis zu 1.000 verletzte Soldatinnen und Soldaten pro Tag versorgen zu können – im Kriegsfall nach militärischen Triage-Kriterien.

Die Bundesrepublik sei, so der OPLAN, als »Operationsbasis und Aufmarschland« alliierter Truppen

ein prioritisiertes Ziel für Sabotageakte, hybride Kriegsführung und gezielte Angriffe mit Mittelstreckenwaffen. Zudem geht der Plan von großen Fluchtbewegungen nach Deutschland aus. Um deutlich zu machen, wie Politik und Gesellschaft sich nach Sicht der Militärs darauf vorbereiten müssen, hat die Bundeswehr in den letzten Monaten zahlreiche Gespräche mit Ländern, Kreisen und Kommunen geführt.

Ohne Rüstung Leben lehnt dieses massive Eindringen von Kriegsvorbereitung und militärischem Denken in zivile Bereiche ab. Deutschland braucht dringend Konzepte und Maßnahmen für Krisenprävention und Bevölkerungsschutz – doch es ist Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft, sie transparent zu erarbeiten und umzusetzen. Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie ihren Fokus darauf richtet, Kriege mit zivilen Mitteln zu verhindern.

Simon Bödecker

Immer mehr Milliarden fürs Militär?

NICHT MIT MIR



Immer mehr Milliarden fürs Militär? Nicht mit mir!

Kurz vor Weihnachten 2025 brachte der Bundestag noch eilig Rüstungsprojekte mit einem Gesamtwert von 50 Milliarden Euro auf den Weg. Gleichzeitig wird ein Kahlschlag im Sozialstaat gefordert, geraten Kommunen und humanitäre Hilfe unter immer größeren finanziellen Druck. Mit unserem Abrüstungsappell

»Immer mehr Milliarden fürs Militär? Nicht mit mir!« stellen wir uns gegen diese fatale Entwicklung. Helfen Sie uns jetzt, das nächste Etappenziel von 20.000 Unterschriften zu erreichen.

www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen

Die Betroffenen komplett übergegangen

Junge Menschen protestieren gegen drohende Wehrpflicht



Seit dem 1. Januar 2026 gilt der »Neue Wehrdienst«. Für junge Menschen ist das eine einschneidende Veränderung: Sie setzen sich intensiv mit der Musterung und dem zunächst freiwilligen Dienst an der Waffe auseinander.

Auf scharfe Kritik stößt vor allem die Möglichkeit zur Einführung einer »Wehrpflicht durch die Hintertür«. Im Dezember 2025 organisierten Schülerinnen und Schüler einen beeindruckenden Schulstreik mit mehr als 55.000 Teilnehmenden. Weitere Proteste sind geplant.

Was ist der »Neue Wehrdienst«?

Das »Gesetz zur Modernisierung des Wehrdienstes« sieht vor, dass ab sofort alle deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Erreichen der Volljährigkeit von der Bundeswehr aufgefordert werden, eine Bereitschaftserklärung (»Online-Fragebogen«) auszufüllen. Für Männer sind die

Angaben zu ihrer Person, Gesundheit, Bildungsstand und Interesse an der Bundeswehr verpflichtend. Für alle anderen sind die Antworten freiwillig. Junge Männer werden zudem ab sofort wieder zur Musterung verpflichtet. Damit will die Bundeswehr ein »umfassendes Lagebild über potenziell verfügbares Personal« aufbauen und möglichst viele Freiwillige gewinnen. Sollte dies nicht gelingen, kann der Bundestag eine »Bedarfswehrrpflicht« einführen.

Junge Menschen überdurchschnittlich belastet

Ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler empfindet den »Neuen Wehrdienst« und die drohende Rückkehr der Wehrpflicht als erheblichen Eingriff in ihre persönliche Lebensgestaltung. Sie beklagen, dass ihre Generation in der politischen Debatte komplett übergegangen wurde. Redebeiträge auf den Demonstrationen im Dezember machten

diesen Aspekt zum Thema und verwiesen auch darauf, dass junge Menschen in Deutschland bereits durch die Bewältigung der Corona-Krise, den schlechten Zustand von Bildungseinrichtungen und das aus dem Gleichgewicht geratene Rentensystem überdurchschnittlich belastet sind.

Antworten auf die wichtigsten Fragen

Viele Betroffene und ihre Familien haben Fragen zum Wehrdienst, zur Musterung und zur Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung. Um sie zu unterstützen, haben wir gemeinsam mit der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) alle wichtigen Informationen rund um den »Neuen Wehrdienst« zusammengetragen. Diese finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Simon Bödecker

Szenen vom Schulstreik am 5. Dezember 2025 in Düsseldorf
Fotos: Simon Bödecker

»Behaltet den Sudan im Auge und brecht das Schweigen«

Interview mit Mai Ali, Gründerin der Bana Group for Peace and Development



Vor der RSF ge-
flüchtete Familien
suchen Zuflucht
in einer Schule
Foto: picture
alliance

Der Bürgerkrieg im Sudan ist eine der größten humanitären Krisen der Welt. Gräueltaten der RSF-Miliz an der Zivilbevölkerung in Al-Fashir sorgten Ende 2025 für Entsetzen, doch darüber hinaus erfährt der Krieg kaum Aufmerksamkeit. Die im deutschen Exil lebende sudanesische Aktivistin Mai Ali will das ändern.

Liebe Mai, du hast die Nichtregierungsorganisation Bana Group for Peace and Development gegründet. Was sind eure Ziele und wie arbeitet ihr?

Das Ziel von Bana ist es, mit Trainings und politischer Einflussnahme die Rechte von Frauen zu stärken, Gemeinschaften wieder aufzubauen und das friedliche Zusammenleben in der sudanesischen Gesellschaft zu fördern. Wir stehen ein für einen Wandel hin zu Frieden, Gerechtigkeit und Gleichstellung der Geschlechter. In Deutschland

und der EU setzen wir uns dafür ein, den Stimmen der sudanesischen Frauen und der Zivilbevölkerung mehr Gehör und Anerkennung zu verschaffen. Außerdem arbeiten wir vor Ort im Sudan – und seit Beginn des Krieges in sudanesischen Flüchtlingsgemeinschaften in Uganda und Ägypten. Dort organisieren und leisten wir vor allem psychosoziale Unterstützung. Wir führen aber auch Projekte zu Gewaltfreiheit und Friedensförderung, politischer Bildung, Übergangsjustiz sowie ganzheitlicher und digitaler Sicherheit durch.

Euer Dokumentarfilm »Forgotten Voices« gibt Menschen aus dem Sudan eine Stimme. Was ist die wichtigste Botschaft, die ihr mit diesem Film vermitteln möchtet?

Die Idee zu dem Film entstand vor dem Hintergrund der weitgehenden Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem Krieg im Sudan. Wir wollen das Bewusstsein für die unmenschliche Situation schärfen, in der sich der Sudan befindet. Der Film basiert auf über 300 Interviews im Sudan und in Nachbarländern. Er zeigt, wie stark die Zivilbevölkerung von Krieg und politischer Gewalt betroffen ist; insbesondere Frauen und Kinder. Sie zahlen den höchsten Preis! Doch der Film zeigt die betroffenen Menschen nicht nur als Opfer, sondern



Menschliche Grundbedürfnisse zu unterstützen ist keine Wohltätigkeit, sondern Solidarität!

Mai Ali,
sudanesische Aktivistin

auch als Akteurinnen und Akteure, die Führungsrollen übernehmen, die Friedensstifter sind, die Organisatorinnen sind, die Mut haben, die stark sind! Wir wollen damit zeigen, dass es ohne diese Menschen – und vor allem ohne Frauen – keinen wahren Frieden geben wird.

Wie schafft ihr es, unter diesen schwierigen Umständen vor Ort Unterstützung zu organisieren?

Als Bana betreiben wir einen Notfallfonds, der in Situationen genutzt wird, die unsere Mitglieder beobachten und in denen sie vor Ort Hilfe organisieren können. Das können die Unterstützung von Straßenküchen, dringende Evakuierungen, Gesundheitskosten oder andere dringende Aufgaben sein. Zum Beispiel die Unterstützung für alleinerziehende Mütter oder sichere Unterkünfte für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Wir haben aber auch schon Decken im Winter gefördert oder psychologische Unterstützung. Für uns ist es wichtig, dass diese Beiträge auf einem Verständnis von gegenseitiger Hilfe und Solidarität basieren.

Du hast von der Gleichgültigkeit gegenüber dem Krieg im Sudan gesprochen. Was erwartet ihr von der deutschen Politik? Was ist eure Botschaft an sie?

Behaltet den Sudan im Auge und brecht das Schweigen! Ich erwarte von der deutschen Regierung, dass sie Verantwortung dafür übernimmt, durch den sogenannten Khartum-Prozess zur Eindämmung der Fluchtbewegungen nach Europa (2014) zum Aufstieg der RSF beigetragen zu haben. Der Diktator Omar al-Bashir, der dieses Abkommen mit der EU



Mai Ali bei einem internationalen Workshop
Foto: Bana Group

unterzeichnet hat, hat die RSF mit den Grenzkontrollen beauftragt und ihre Position so gestärkt. Wäre die RSF nicht so groß geworden, hätte dieser Krieg höchstwahrscheinlich nicht stattgefunden. Anstatt Vereinbarungen zu treffen, um Flüchtlinge fernzuhalten, sollte Deutschland Verantwortung für ihren Schutz übernehmen und als eines der reichsten Länder mehr im Bereich der humanitären Hilfe tun. Außerdem sollte die deutsche Regierung klar über Kriegsverbrechen sprechen – auch mit Staaten, die eine der Konfliktparteien im Sudan aktiv unterstützen. Und schließlich: Beendet die Waffenexporte! Diese Waffen landen letztendlich in irgendeinem Krieg. Die Beendigung des Waffenhandels würde vielen Menschen auf der ganzen Welt helfen – nicht nur uns im Sudan.

Fragen und Übersetzung aus dem Englischen:
Charlotte Kehne



banagroup.org

banagroup.org

Straßenküche in einem Vertriebenlager im Norden des Sudan
Foto: picture alliance

Stichwort: Bürgerkrieg im Sudan

Der Sudan ist seit Jahrzehnten von Konflikten geprägt. Nach über 30 Jahren unter dem Diktator Omar al-Bashir führte 2019 eine friedliche Revolution zu dessen Sturz. Doch bereits 2021 folgte ein Militärputsch. Seit der erneuten Eskalation 2023 kämpfen die Armee von Machthaber Abdel Fattah al-Burhan (Sudanese Armed Forces, SAF) und die Miliz seines früheren Stellvertreters Mohammed Hamdan Daglo (Rapid Support Forces, RSF) gegeneinander.

Dabei unterstützen unter anderem Ägypten und Saudi-Arabien die SAF, während die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) als Hauptförderer der RSF gelten. Trotz eines Waffenembargos werden immer wieder auch europäische Waffen und Rüstungsgüter im Sudan eingesetzt, die zum Beispiel über die VAE dorthin gelangen. Beiden Seiten werden Kriegsverbrechen und schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen; die humanitäre Lage ist katastrophal.



Kein Vertrauen in Gewaltlosigkeit

Kritik an der neuen EKD-Friedensdenkschrift

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat scharfe Kritik für ihre neue Friedensdenkschrift geerntet. Christliche Friedensorganisationen und -verbände zeigen sich entsetzt über den einseitigen Fokus auf militärische Mittel. Wir zitieren Auszüge aus den *Anmerkungen zur Friedensdenkschrift 2025* unseres Beirates Dr. Markus Weingardt.



Abrüstung und sogar die Ächtung von Atomwaffen bleiben theoretisches Wunschdenken

Markus Weingardt,
Friedens- und Konfliktforscher

Foto: privat

Die große Schwäche der Friedensdenkschrift offenbart sich erst auf den zweiten, dritten Blick. Sie besteht darin, dass sie der Gewaltlosigkeit nicht traut. Sie traut ihr nichts zu. Sie vertraut ihr nicht. Das ist ebenso erschreckend wie traurig wie folgenreich.

Theologisch ist es problematisch, denn indem die Idee und Praxis der Gewaltlosigkeit relativiert und marginalisiert wird, wird zugleich jener marginalisiert, der die Idee und Praxis der Gewaltlosigkeit lehrte und lebte, Jesus selbst. Das ist eine Zäsur. Es ist die Abkehr von der Idee der Gewaltlosigkeit als einer realen Handlungsoption in der realen politischen Gegenwart.

Ethisch ist es problematisch, weil damit allzu sehr der Gewalt als Mittel der Konfliktbearbeitung das (kirchliche) Wort geredet und das (politische) Feld überlassen wird.

Politisch ist es problematisch, weil die Denkschrift die unbestreitbaren Erfolge der Gewaltlosigkeit (auch) im politischen Raum ignoriert, mindestens kleinredet. Da der Kraft der Gewaltlosigkeit als realer Option der Konfliktbearbeitung (auch) in hocheskalierten Konflikten aber nichts zugetraut wird, wählt die Friedensdenkschrift den Ausweg, die Anwendung von Gewalt ethisch zu legitimieren.

Die Verantwortlichen der Denkschrift waren offenkundig bemüht, dass diese »anschlussfähig« und »wirklichkeitsgesättigt« sei, wie man so sagt. Doch die Friedensdenkschrift bleibt in der von ihr so verstandenen Realität stecken. Sie macht keinen praktischen Vorschlag und erhebt keine konkrete Forderung, dass und wie anders als mit Gewalt und Gegengewalt

Frieden in dieser Welt geschaffen werden könnte. Selbst Diplomatie, Abrüstung und sogar die Ächtung von Atomwaffen bleiben für die Denkschrift theoretisches Wunschdenken für eine ferne Zukunft. Sie übernimmt keine konsequente politische Mitverantwortung für den Frieden und schiebt christliche Pazifistinnen und Pazifisten aller Zeiten kurzerhand auf das theologische, ethische und realpolitische Abstellgleis.

Wenn Kirche in diesen Zeiten, in einer »Welt in Unordnung« nicht *Anderes*, nicht *mehr* zu sagen hat, als diese Friedensdenkschrift, dann hat sie nichts mehr zu sagen. Sie macht sich überflüssig.

Markus Weingardt

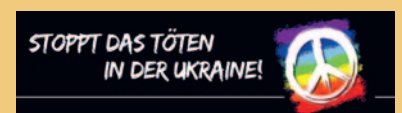
Dr. Markus Weingardt ist Friedens- und Konfliktforscher, Mitarbeiter der Stiftung Weltethos (Tübingen) und Mitglied im Beirat von Ohne Rüstung Leben. Seinen vollständigen Text *Anmerkungen zur Friedensdenkschrift 2025* finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Stimmen aus der Ukraine und Russland

Seit vier Jahren führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Was bedeutet das für die Menschen beider Länder? Wie können sie sich dem Krieg entziehen? Und welche zivilgesellschaftlichen Initiativen sind zu beobachten?

Zu diesen Fragen haben wir am 22. Februar 2026 Stimmen aus der Ukraine und aus Russland zu

Wort kommen lassen. Die Aufzeichnung der spannenden Online-Veranstaltung finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/ukraine-krieg.





Risiken ans Licht gebracht

Kampagne für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen

Noch in diesem Jahr sollen landgestützte US-Mittelstreckenwaffen nach Deutschland kommen. Russland kündigte seinerseits die Stationierung von Oreschnik-Raketen in Belarus an. Und laut einem geheimen Regierungsdokument will die Bundeswehr in den USA Tomahawk-Marschflugkörper und Startrampen im Wert von über 1,3 Milliarden Euro kaufen. Durch ihre Erstschlagfähigkeit und immer kürzere Vorwarnzeiten sind diese Waffen eine enorme Gefahr für alle Menschen auf unserem Kontinent.

Europa wird nicht sicherer – und ganz bestimmt nicht friedlicher – wenn die Staaten in Ost und West immer mehr Raketen aufeinander richten. Daher hat Ohne Rüstung Leben die Kampagne »Friedensfähig statt erstschlagfähig. Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!« mitgegründet und bringt sich maßgeblich in die vielfältigen Aktionen und die Informationsarbeit ein.

Lichtprojektion in München

»Eine Zukunft in Frieden, nicht im Bunker!« Das forderte die Kampagne im Februar 2026 rund um die Münchner Sicherheitskonferenz. Unter anderem übergab sie tausende Aktionspostkarten mit dieser Forderung an das Verteidigungsministerium. Ein besonderer Hingucker: In einer der Nächte vor der Konferenz war das Logo unserer Kampagne als große Lichtprojektion am Bayerischen Landtag zu sehen.

Umfangreiches Dossier

Um fundiert über Risiken und Hintergründe zu informieren, haben wir ein Dossier in der Fachzeitschrift *Wissenschaft und Frieden* herausgegeben. Renommiertere Autorinnen und Autoren befassen sich darin mit den weltweiten Arsenalen von Mittelstreckenwaffen, damit verbundenen Strategien und Gefahren sowie Ansätzen für mehr Transparenz

und Rüstungskontrolle. Es sind Erkenntnisse, die in dieser Form und Klarheit bislang nirgends zu finden waren. Das umfangreiche Dossier kann auf der Webseite von Ohne Rüstung Leben heruntergeladen werden; einzelne gedruckte Exemplare sind kostenlos bei unserer Geschäftsstelle erhältlich.

Aktionstag am 30. Mai 2026

Auch in den kommenden Monaten rufen wir zu Protestaktionen auf, um deutlich zu machen, dass wir keine Mittelstreckenwaffen in Deutschland und Europa wollen. Im Fokus stehen dabei Wiesbaden und Grafenwöhr. Merken Sie sich jetzt schon den geplanten Aktionstag am 30. Mai 2026 vor.

Simon Bödecker

Aktuelle Informationen zum Thema unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/mittelstreckenwaffen.

Projektion am Landtag in München

Foto: Kampagne »Friedensfähig statt erstschlagfähig«

Fünf Jahre Atomwaffenverbot

UN-Vertrag zeigt bereits deutliche Wirkung

Es ist ein Lichtblick zwischen vielen erschreckenden Nachrichten: Am 22. Januar 2026 war der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) seit fünf Jahren in Kraft. Eine Mehrheit der Länder dieser Welt – insgesamt 99 Staaten – hat ihn inzwischen unterzeichnet. Ihre zielstrebige Zusammenarbeit und die bedeutende Rolle der Zivilgesellschaft rund um die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) gelten als beispiellos. Aber zeigt der AVV auch politische Wirkung? Eine Bestandsaufnahme.

Starke rechtliche Norm gegen Atomwaffen

Der AVV ist der erste weltweit anwendbare Vertrag, der Atomwaffen kategorisch verbietet. Er lenkt den Blick auf ihre humanitären Folgen und setzt einen Rahmen für vollständige und überprüfbare Abrüstung. Damit hat er eine Lücke in der bisherigen Rechtslage geschlossen und eine starke Norm geschaffen, auf die sich Regierungen und Zivilgesellschaft berufen können. Die atomwaffenfreien Staaten melden sich nun selbstbewusst zu Wort.

Betroffene werden erstmals gehört und unterstützt

Der AVV hat erreicht, dass die Überlebenden von Atomwaffentests und -einsätzen erstmals ein Forum haben, um ihre Berichte in die Öffentlich-

keit zu tragen. Er sieht zudem konkrete Unterstützungsmaßnahmen für Betroffene vor. Dabei erkennt der Vertrag die gravierenden Auswirkungen von Atomwaffen insbesondere auf indigene Völker sowie Frauen und Mädchen an. So rücken Fragen der nuklearen Gerechtigkeit ins Zentrum der Debatte.

»Abschreckungslogik« in Frage gestellt

Die Atommächte behaupten, nukleare Abschreckung sei für ihre Sicherheit nötig. Viele andere Staaten und Friedensorganisationen entgegnen, Sicherheit für alle Menschen lasse sich nur in einer Welt ohne Atomwaffen erreichen. Damit diese Debatte nicht länger nur auf Meinungen beruht, haben die AVV-Staaten einen wissenschaftlichen Beirat ins Leben gerufen. Die »Scientific Advisory Group« erarbeitet fundierte Fakten und Erkenntnisse rund um die Auswirkungen von Atomwaffen.

Banken investieren nicht mehr

Je größer die Ablehnung von Atomwaffen, desto mehr steigt auch der Druck auf Pensionsfonds, Banken und andere Finanzinstitute. Mehr als 4,7 Billionen US-Dollar an Investitionen wurden in den letzten fünf Jahren bereits aus Unternehmen abgezogen, die an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt sind. Ein starkes Signal der Finanzmärkte!

Damit diese wichtigen Entwicklungen weitergehen, setzt sich Ohne Rüstung Leben als deutsche ICAN-Partnerorganisation für eine Stärkung des Atomwaffenverbotes ein. Von der Bundesregierung fordern wir, die humanitären Maßnahmen des Vertrages zu unterstützen, an der Überprüfungskonferenz im Dezember 2026 in New York teilzunehmen und perspektivisch auch selbst dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Simon Bödecker

Weitere Informationen zum Thema unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

Foto: ICAN /
Aude Catimel



Podium zur Landtagswahl

Neues atomares Wettrüsten auch in Rheinland-Pfalz?



Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, in dem US-Atomwaffen stationiert sind. Um das im Landtagswahlkampf zum Thema zu machen, luden wir am 9. Februar 2026 zu einer Podiumsdiskussion nach Mainz. Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Parteien diskutierten dort über die nukleare Teilhabe, den Ausbau des Fliegerhorstes Büchel und die Friedensbildung im Land.

Kontroverse Positionen zu Atomwaffen in Büchel

Vor rund 60 interessierten Zuschauerinnen und Zuschauern führte Simon Bödecker von Ohne Rüstung Leben durch die Debatte. Prof. Dr. Moritz Kütt vom Hamburg Nuclear Disarmament Laboratory ordnete die Aussagen der Kandidierenden fachlich ein. Während Stefan Thoma (FDP) die Atomwaffen in Büchel klar als sicherheitspolitische Notwendigkeit bezeichnete, äußerte Erwin Stufler (Freie Wähler) persönliche Skepsis – seine Partei akzeptiere die Waffen jedoch als Realität. Patric Müller (SPD) betonte, Abrüstung sei wichtig, müsse aber mit Verteidigungsfähigkeit und Bündnistreue einhergehen. Diese Abwägung stieß auf Kritik bei Andreas Hartenfels (BSW) – er forderte, mit der nuklearen Abrüstung »vor der eigenen Haustür« zu beginnen. Und auch Dr. Lea Heidebreder (Bündnis 90/Die Grünen) sprach sich für ein Rheinland-Pfalz ohne Atombomben aus. Das UN-Atomwaffenverbot sei für sie langfristig der einzig tragfähige Weg.

Kritik und Ideen zur Friedensbildung

Eine angeregte Diskussion entstand zur Friedensbildung als klassischer Aufgabe der Landespolitik. Junge Menschen würden vermehrt die neuen gesellschaftlichen Narrative von Stärke und Macht annehmen, so der Tenor. Für mehrere der Kandidierenden war daher klar: Die politische Bildung soll gestärkt werden. Friedens- und sicherheitspolitische Themen müssten deutlich mehr Raum in den Schulen bekommen!

Mit Unterstützung von Ohne Rüstung Leben ist den Veranstaltern – dem »Aktionsbündnis atomwaffenfrei.jetzt« und der Friedensakademie Rheinland-Pfalz – ein spannender Austausch zwischen Landespolitik, Wählerinnen und Wählern sowie der Zivilgesellschaft gelungen. Die verschiedenen Positionen zur nuklearen Teilhabe wurden ebenso deutlich wie die vielen Möglichkeiten der Landespolitik, friedenspolitische Debatten anzustoßen und die Friedensbildung zu stärken. An einem bestand dabei kein Zweifel: Ein neues atomares Wettrüsten würde Rheinland-Pfalz ganz unmittelbar betreffen!

Simon Bödecker

Unseren ausführlichen Bericht von der Podiumsveranstaltung finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

Simon Bödecker
(links) und Patric
Müller

Stefan Thoma,
Dr. Lea Heidebreder,
Andreas Harten-
fels, Erwin Stufler
und Prof. Dr. Moritz
Kütt (mit Mikrofon)
Fotos: Mai Ahmed

Liebe Leserin, lieber Leser,

ohne die betroffenen Menschen wird es keinen Frieden geben – davon ist die sudanesische Aktivistin Mai Ali überzeugt. Im Interview (Seite 6) berichtete sie uns von beeindruckenden Friedensstifterinnen und großer Solidarität mitten im Bürgerkrieg. Wichtige Botschaften, die viel zu wenig gehört werden!

Ohne Rüstung Leben setzt sich mit vielfältigen Aktionen und einer fundierten Informationsarbeit für Abrüstung und Friedensförderung ein: vom Widerstand gegen eine der weltgrößten Rüstungsmessen (Seite 2) bis zum kritischen Blick auf die neue EKD-Friedensdenkschrift (Seite 8). Von Protesten gegen Mittelstreckenwaffen (Seite 9) bis zur Atomwaffen-Debatte im Landtagswahlkampf (Seite 11). Viele weitere Informationen finden Sie übrigens auf unserer Webseite – unter anderem auch die Termine der anstehenden Ostermärsche.

Um diese wichtige Arbeit auch weiterhin professionell und überzeugend leisten zu können, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Meine Bitte: Beteiligen Sie sich an unseren Aktionen und Veranstaltungen. Und fördern Sie Ohne Rüstung Leben jetzt mit einer (regelmäßigen) Spende.

Ich danke Ihnen herzlich und wünsche eine anregende Lektüre.

Simon Bödecker



Impressum

Herausgeber

Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur

Simon Bödecker

Auflage

15.000

Informationen zum Datenschutz

www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss

18. Februar 2026



Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014 CLASSIC+4 PRESSEPOST Deutsche Post

Inhalt

1 | Titel
Globale Rüstungsmesse in Hannover?

2 | Aktion
Rüstungsmesse DSEI verhindern!

3 | Aktuell
Rüstungsexportbericht 2025 der GKKE

4 | Aktuell
Kriegstüchtige Städte und Krankenhäuser?

5 | Aktuell
Junge Menschen protestieren gegen drohende Wehrpflicht

6 | Hintergrund
»Behaltet den Sudan im Auge ...«
Interview mit Mai Ali (Bana Group)

8 | Aktuell
Kritik an der neuen EKD-Friedensdenkschrift

9 | Aktion
Kampagne für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen

10 | Aktuell
Fünf Jahre Atomwaffenverbot

11 | Aktion
Podium zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1E1K1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden